

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

11.1.1927 (No. 8)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 958
und 954
Postkontonr.
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabate, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung, Konturverfahren fällt der Fall, falls die Zeitung veräußert, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Bezüge übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung der Republik Chile

Nachdem das Land Baden in den Amtsbezirk des Chilenischen Konsulats in Stuttgart einbezogen worden ist, wurde der Chilenische Konsul in Stuttgart, Oskar Kraus zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen.

Zur Lage in China

Waffenkündigungen in Hankau unter russischer Führung. — Stilllegung der Wirtschaft durch Lohn- und Steuerforderungen

Angehts der jüngsten Meldungen über die für die Fremden gefahrdrohende Zuspitzung der Lage im Gebiete von Hankau wird ein Bericht aus Hankau von Interesse sein, aus dem hervorgeht, wie bolschewistische Agitation hier mitwirkt.

Der russische General Vorodin, der zeitweise bei Chiang Kai-shek in Ungnade gefallen war, weil er zu stark auf die Bolschewisierung der chinesischen Nationalpartei hinarbeitete, ist in letzter Zeit wieder stärker in den Vordergrund getreten. Auf ihn dürfte wohl ein „Katechismus“ zurückzuführen sein, der für die Kantonnarmee herausgegeben wurde und der für Offiziere und Mannschaften u. a. das folgende Frage- und Antwortspiel enthält: „Wer bist du? — Soldat der Roten Armee, die für die Freiheit und für die von Sun Yat-sen aufgestellten drei Grundätze kämpft. — Wer sind deine Hauptfeinde? — England und Japan. — Warum? — Weil sie die Militärs im Norden gegen das chinesische Volk finanzieren. — Was sind deine Ziele? — Austreibung der Imperialisten und aller, die die Arbeiter verfluchen, und die Wiedergewinnung der Fremdenkonzeption.“

General Vorodin hat jetzt hier vor einer ungeheuren Volksmenge, die von der nationalchinesischen Presse auf 300 000 Köpfe (?) geschätzt wurde, in Anwesenheit der Witwe und des Sohnes Sun Yat-sens, des gegenwärtigen Außenministers der Südregerung, Eugene Chen, und anderer nationalchinesischer Führer eine Rede gehalten, deren Schlagworte waren: Zusammenschluß Chinas unter einer einheitlichen Regierung im Interesse einer besseren Finanzlage des Staates, geringerer Besteuerung und höherer Löhne, Entwicklung des chinesischen Handels, um den Strom des Kapitals nach China, statt aus dem Lande hinaus, zu lenken, Vernichtung der ungleichen Verträge, dieser Sklavereikunden aus der Zeit der gestürzten Dynastie.

Neht interessant war auch die Forderung Vorodins, daß die 300 Millionen chinesischer Bauern, in denen Chinas Kaufkraft verkörpert sei, auf eine sichere Basis gestellt werden müßten, um das Aufblühen der Landwirtschaft zu gewährleisten.

Vorodin richtete an die Werktätigen den Appell, die Südregerung zu unterstützen, da es sich für diese darum handele, ihre Feinde zu überwinden oder selbst unterzugehen. Der Aufforderung, durch Sandaufheben ihre Bereitwilligkeit zur Unterstützung der Regierung kundzugeben, ist die Menge einmütig nachgegeben.

Bei der gegenwärtigen Stimmung der breiten Massen würde es auch wenig ratsam gewesen sein, sich von dieser Zustimmung auszuschließen, denn die Gewerkschaften beherrschen das Feld, und sie genießen den Schutz des Politischen Büros, in dessen Händen die Propaganda für die Agitation unter den Arbeitern liegt.

Die Vereinigten Gewerkschaften arbeiten in Gemeinschaft mit dem politischen Büro nachdrücklich darauf hin, den Boykott gegen England wirksamer zu machen. Es hat sich ein Verband zum Sturz der britischen Gesellschaft gebildet und bei den 33 Reden, die auf der Massenversammlung gehalten worden sind, waren 29 anti-englisch.

In Hankau, Hankang und Wuchang bestehen augenblicklich nicht weniger als 260 Gewerkschaften, deren Forderungen es in kurzer Zeit so weit gebracht haben, daß die Geschäfte langsam zum Stillstand kamen, bis auf Grund von Vorstellungen, die von einflussreichen Kaufleuten bei Chiang Kai-shek erhoben wurden, eine besondere Kommission zur Regelung der Streitigkeiten ernannt wurde, die vor allem das Streikpostenstreben vor Fabriken und Geschäftshäusern, unterlagte, denn diese Leute hatten sich volle Polizeimachtbefugnisse angemacht. Zahlreiche Ausstände sind inzwischen beigelegt worden.

Die Folgen der Arbeiterbewegung machen sich einerseits in ausgebreiteter Arbeitslosigkeit bemerkbar, da zahlreiche Betriebe geschlossen oder eingeschränkt werden mußten, während andererseits die Löhne der gewöhnlichen, vorher sehr schlecht bezahlten, Arbeiter um etwa 50 Prozent erhöht worden sind.

Alle Preise sind natürlich ungeheuer in die Höhe gegangen, wie durch ein kleines Beispiel bewiesen werden mag. Die Fracht von Gütern von Hankau nach Wuchang, die kurze Strecke von etwa 5 Kilometer über den Yangtse, ist jetzt so hoch wie für den ganzen Weg von Newyork bis nach Shanghai.

Da die Regierung vor allem Geld braucht, hat sie auf alle öffentlichen Betriebe einen Steuerausschlag von 20, auf private Unternehmungen sogar einen solchen von 75 Prozent gelegt. Eine Art von Hauszinssteuer, die dem Betrage einer Monatsmiete gleichkommt, wird außerdem erhoben. Das Eigentum von Anhängern der früheren Regierung ist in vielen Fällen konfisziert worden.

Die soziale Wohlfahrtsrente

Die dritte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Ablösung der öffentlichen Anleihen (Reichsgesetzblatt I S. 187) regelt vor allem die Bestimmungen der sozialen Wohlfahrtsrente. Diese ist durch das Anleihegesetz geschaffen worden, um den sozialen Wohlfahrtsrenten, die vielfach den größten Teil ihres Vermögens oder das ganze Vermögen in öffentlichen Anleihen angelegt hatten, einen Teil ihrer früheren Einkünfte wiederzugeben und ihnen eine Fortführung ihrer sozial wertvollen Wohlfahrtsrenten zu ermöglichen. Die soziale Wohlfahrtsrente wird allen Einrichtungen der freien (einschl. der freiw.) Wohlfahrtspflege an Stelle der Auslosungsrechte gewährt. Voraussetzung ist nur, daß die Anleihebesitzer einer Einrichtung der freien Wohlfahrtspflege in erkennbarer Form und nicht nur vorübergehend gewinnend sind. Als Wohlfahrtsrente ist dabei jede planmäßige, zum Wohle der Allgemeinheit und nicht des Erwerbes wegen ausgeübte Sorge für notleidende oder gefährdete Mitmenschen. Die Sorge kann sich auf das gesundheitliche, sittliche oder wirtschaftliche Wohl erstrecken und entweder Vorbeugung oder Abhilfe bezwecken. Ausgeschlossen sind dagegen Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, die ihre Tätigkeit auf die Angehörigen eines bestimmten Berufs- oder Standesverbandes, einer Familie oder dergl. beschränken.

Der Gesamtbetrag aller sozialen Wohlfahrtsrenten darf 7½ Millionen Mark jährlich nicht übersteigen. Die Höhe der Rente, die auf je 100 Mark Nennbetrag der Auslosungsrechte entfällt, wird von der Reichsregierung auf Grund der von der Reichsschuldenverwaltung aufzustellenden Unterlagen bestimmt. Sinkt der Gesamtbetrag der Wohlfahrtsrenten wesentlich unter die Summe von 7½ Millionen Mark, so wird der Hundertsatz der einzelnen Wohlfahrtsrenten neu festgesetzt.

Die sozialen Wohlfahrtsrenten laufen vom 1. April 1926 ab. Sie sind einmal jährlich im Voraus zu zahlen. Die erste Zahlung erfolgt nach Festsetzung der Rente. Während der Zeit, in der die soziale Wohlfahrtsrente gewährt wird, nimmt das Auslosungsrecht, auf Grund dessen sie gewährt wird, an den Beziehungen der Auslosungsrechte nicht teil.

Die sozialen Wohlfahrtsrenten erlöschen am 31. März 1941. Sie enden schon vorher, wenn der Anleihegläubiger aufhört, Träger einer Einrichtung der freien Wohlfahrtspflege zu sein, oder wenn der Gläubiger aufhört, Eigentümer des Auslosungsrechts zu sein, auf Grund dessen die Rente gewährt wird.

Die Anträge auf Gewährung der sozialen Wohlfahrtsrente sind an die Ausschüsse für die soziale Wohlfahrtsrente zu richten. Diese werden von der Reichsregierung im Einvernehmen mit den Obersten Landesbehörden errichtet. Sie bestehen aus je einem Vertreter des Reichs und der Obersten Landesbehörde. Vertreter des Reichs ist ein Beamter des Hauptverwaltungsamtes. Für die Entscheidung der Ausschüsse ist Übereinstimmung ihrer beiden Mitglieder erforderlich.

Die Anträge auf Gewährung einer sozialen Wohlfahrtsrente müssen in der Zeit vom 1. Februar bis zum 30. April 1927 bei dem Ausschuss gestellt werden, in dessen Bezirk der Antragsteller seinen Sitz hat. Wegen einer ablehnenden Entscheidung des Ausschusses kann der Antragsteller binnen einer Frist von zwei Wochen nach der Zustellung Beschwerde einlegen. Über diese Beschwerde entscheidet der Obergerichtshof für die soziale Wohlfahrtsrente.

Einigung in der sächsischen Regierungsfrage

WTB. Dresden, 11. Jan. (Tel.) Gestern abend fand eine interfraktionelle Sitzung im Landtag statt, über deren Ergebnis folgender Bericht ausgegeben wurde: An der heutigen interfraktionellen Sitzung nahmen Vertreter der Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens, der Wirtschaftspartei, der Fortschrittspartei, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei teil. Es erfolgte eine Einigung über die Kabinettsbildung. Die Ergebnisse der Einigung werden am Dienstag der deutschnationalen Fraktion mitgeteilt werden. Der Landtag tritt am Dienstag nachmittags 1 Uhr zu seiner ersten Sitzung nach den Ferien zusammen. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die Wahl des Ministerpräsidenten.

Die Regierungsbildung im Reich

Dr. Curtius beauftragt

Der Reichspräsident hat davon abgesehen, zunächst den Flügelparteien, den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen den Auftrag zur Regierungsbildung zu geben und am Montag abend gleich den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius beauftragt. Amtlich wurde gemeldet:

„Der Herr Reichspräsident empfing in den Abendstunden den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und erteilte ihm den Auftrag zur Neubildung der Reichsregierung. Dr. Curtius nahm den Auftrag entgegen, bezieht sich aber seine endgültige Entscheidung über die Übernahme der Kabinettsbildung vor, bis sich das Ergebnis der sofort einzuleitenden Verhandlungen mit den Fraktionen des Reichstages übersehen läßt.“

Erklärungen von Dr. Curtius

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius teilte einem Vertreter des Volksbüros mit: „Der Plan der Großen Koalition, der vor dem Sturze des Kabinetts Marx die parlamentarische Lage beherrschte, ist durch die bekannten Ereignisse zerfallen worden. Die Stetigkeit der deutschen Politik steht aber nach wie vor die Bildung einer Mehrheitsregierung voraus. Infolgedessen müssen Brücken nach rechts geschlagen werden. Graf Westarp hat vor der Abstimmung über das sozialdemokratische Mißtrauensvotum erklärt, daß es sich bei der Stellung der Deutschnationalen Volkspartei nicht um die Regierungspolitik handele, sondern lediglich um die Klärung der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse. Es gilt, auf der Grundlage der bisherigen Politik der Mitte eine Gemeinschaftsarbeit mit der Deutschnationalen Volkspartei zu ermöglichen. Die Presseberöffentlichungen der letzten Zeit büßen vor diesem Plane nicht abstrudeln. Die Lösung der Krise fordert Verhandlungen der verantwortlichen Instanzen der Parteien. Solche Verhandlungen von der Mitte nach rechts zu führen, bin ich von dem Herrn Reichspräsidenten beauftragt. Wenn sie gelingen, werden sie nicht zu einem „Beiß-Würgerblock“ führen. Auch eine Regierung mit der Deutschnationalen Volkspartei wird das Gemeinwohl und die sozialen Notwendigkeiten schützen wie die bisherige Regierung der Mitte.“

Einem Vertreter der „Täglichen Rundschau“ erklärte Dr. Curtius: „Seit meiner ersten Besprechung mit dem Herrn Reichspräsidenten habe ich an dem Plane festgehalten, eine Regierung von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen zu ermöglichen. Ich habe keinerlei Verhandlungen nach links eingeleitet oder geführt. Abweichende Gerüchte, die darüber sogar mit Nennung einer Ministerliste in die Presse gelangt sind, entbehren jeder Grundlage. Ebenso unbegründet sind die Mutmaßungen und Äußerungen über angebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen mir und dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, in dessen geistiger Sitzung der Reichsaussenminister Dr. Stresemann und ich teilgenommen haben. Es wurde eine einmütige Auffassung der Lage festgestellt. Der Fraktionsvorsitzende hat alle bisherigen Schritte, die sein Vorsitzender und ich unternommen haben, einmütig gebilligt.“

Beginn der Curtius-Verhandlungen

WTB. Berlin, 11. Jan. (Tel.) Wie das Volksbüro aus parlamentarischen Kreisen erfährt, hat Dr. Curtius seine Besprechungen über die Bildung der Regierung heute Vormittag im Reichstage begonnen. Er wird im Laufe des Tages die Fraktionsführer nacheinander empfangen. Diese Besprechungen dürften den ganzen Tag andauern, zumal die Unterredung mit dem Führer der Zentrumspartei, bei der im Augenblick der Schwerpunkt liegt, erst für heute Nachmittag vereinbart ist. Der Fraktionsvorsitzende des Zentrums wird erst am Anstich an diese Unterredung gegen Abend zusammenzutreten.

Wie im Reichstage verlautet, empfing Dr. Curtius gegen 12 Uhr heute Mittag die Führer der Wirtschaftl. Vereinigung, Abgg. Dr. Drewh und Prof. Vredt. Im Anschluß daran hat Dr. Curtius den Grafen Westarp zu sich gebeten. Die Besprechung mit Dr. Gu rard findet heute Nachmittag 4 Uhr statt. Nach Informationen aus parlamentarischen Kreisen handelt es sich bei dieser ersten Führungnahme vorerst nur um die Feststellung der Anschauungen der Fraktionsführer nach der tatsächlichen und programmatrischen Seite hin. Persönliche Fragen können in diesem Stadium der Unterhaltungen natürlich noch nicht erörtert werden.

Das badische Zentrum zur Regierungsbildung

Die „Badische Zentrumspreßekorrespondenz“ nimmt in einem Artikel erneut zur Frage der Regierungsbildung im Reich vom Standpunkt des badischen Zentrums aus Stellung. Im Einklang mit den gleichzeitigen Ausführungen der „Germania“ wendet sie sich scharf gegen eine Rechtsregierung, um dann wörtlich fortzufahren: „Aber auch eine irgendwie verschleierte Rechtsregierung, ein Beamtenkabinet, ein Kabinet der Köpfe — Neuerfindungen nicht ausgeschlossen —, sind unmöglich. Es muß eine parlamentarische Regierung gebildet werden. Die politischen Parteien des Reichstages müssen ihre deutlich sichtbaren Träger und abgestempelten Politiker ihre verantwortlichen Minister sein. Wir wollen sehen und wissen, wer regiert!“

Die Korrespondenz spricht sich dann für eine Regierung der Mitte unter Führung des Zentrums aus und verbindet damit die Hoffnung, daß die Reichstagsfraktion des Zentrums sich auch nicht durch die Drohung der Reichstagsauflösung derart unter Druck setzen lassen werde, daß sie sich diese oder jene Lösung mit Gewalt aufzwingen lasse.

Die Sozialdemokratie zum Regierungseintritt bereit

Der Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei fasste nach einer Rede des Reichstagspräsidenten Brüder und einer längeren Aussprache folgende Entschliessung:

„Der Parteiausschuss billigt die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die bereit war, mit den auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehenden Parteien in die Reichsregierung einzutreten. Der Parteiausschuss hält auch heute an seiner Bereitschaft fest. Er wird dabei zunächst geleitet von der Erwägung, daß die Politik von Genf und Thoiry fortgeführt werden muß mit dem nächsten Ziele der Befreiung der Rheinlande. Er betonte des Weiteren die Notwendigkeit, gerade im Interesse der Reichswehr selbst, ihre Entpolitisierung, insbesondere durch vollständige Unterbindung aller Zusammenhänge mit den vaterländischen und Wehrverbänden durchzuführen und sie unter Verzicht auf jede selbständige Politik auf ihre militärischen Aufgaben zu beschränken. Der Parteiausschuss weist auf die dringende Notwendigkeit hin, die soziale Politik fortzuführen und insbesondere durch schnelle Durchführung des Arbeitszeitgesetzes den Achtstundentag zu sichern.“

Dr. Gessler und die Rechtsregierung

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ sagt zum Schluß einer Betrachtung über die Reichswehr: „Die Freunde der Rechtsregierung rechnen allem Anschein nach mit einem Wechsel des Reichsministers Dr. Gessler in einer Rechtsregierung. Das heißt die Rechnung ohne Dr. Gessler gemacht zu haben. Es darf daran erinnert werden, daß der Reichswehrminister schon bei der Bildung des 2. Kabinetts Luther vor einem Jahr erklärt hat, daß er an einer Rechtsregierung nicht teilnehmen werde. Soweit wir unterrichtet sind, hat sich an dieser Auffassung des Reichswehrministers Dr. Gessler bis heute nichts geändert.“

Politische Neuigkeiten

Der Reichshaushalt

Der Haushaltsausschuss des Reichstages beschloß am Montag gegen den Widerspruch der Kommunisten, die Etatsverhandlungen aufzunehmen; denn der Etat soll auf alle Fälle rechtzeitig am 1. April d. J. verabschiedet sein.

Zunächst kam die Beratung derjenigen Ansätze im Entwurf des Etats 1927, für die zur Entlastung des Arbeitsmarktes die Ermächtigung zu Vorarbeiten seitens der Reichsregierung erbeten wurde. Auch im Rahmen des Etats des Reichswehrministeriums wurden zur Entlastung des Arbeitsmarktes verschiedene kleinere Vorarbeiten bewilligt. Schließlich genehmigte der Ausschuss auf dem Gebiete der allgemeinen Finanzverwaltung 10 Millionen RM. zur Schaffung von reichseigenen Wohnungen für Beamte des Reiches und 30 Millionen RM. als Darlehen zur Durchführung begonnener neuer Eisenbahnen. Im Rahmen des Haushaltes für die Kriegslasten wurden 21 Millionen RM. für Bauten einschließlich Grunderwerb und zur Gewährung von Baudarlehen genehmigt.

Der Ausschuss nahm ferner noch Anträge des Unterausschusses für die Subventionsmaßnahmen der Reichsregierung an: „Die Reichsregierung wird ersucht, Subventionen von Unternehmungen möglichst zu beschränken; die Ermächtigung zur Gewährung von Subventionen, Krediten sowie Garantien im Wege des Geistes nachzuführen: für dieartigen Ausnahmefälle, in denen für die Übernahme von Garantien der Weg des besonderen Gesetzes nicht in Frage kommt, die Genehmigung der zuständigen Ausschüsse des Reichsrates und des Reichstages für den Reichshaushalt einzuholen; dem Reichsrat das Recht einer ausreichenden Kontrolle über die vom Reiche gegebenen verbürgten Gelder zu sichern, bei der Sanierung einzelner Unternehmungen vordem eine angemessene Beteiligung bei der Reorganisation zu sichern und in geeigneten Fällen für die Dauer der Gefährdung der finanziellen Interessen des Reiches eine Beteiligung an der Verwaltung des Unternehmens sich auszubedingen.“

Die Reparationszahlungen im Dezember

In den ersten 4 Monaten des dritten Annuitätjahres wurden nach dem Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen von Deutschland Zahlungen und Leistungen im Werte von rund 869,4 Millionen Goldmark, darunter im Dezember 95 Millionen gemacht. Unter Einrechnung des Restbestandes am Ende des zweiten Annuitätjahres in Höhe von 93,6 Millionen verfügte der Reparationsagent am Jahresende über einen Restbestand von 113 Millionen Goldmark. An Zahlungen im Dezember wurden u. a. gezahlt für Frankreich 42, für England 18, für Italien 4,5, für Belgien 3,8 Millionen Goldmark. An Sachlieferungen sind für Dezember 48,5 Millionen und für die ersten 4 Monate insgesamt 170,9 Millionen ausgewiesen. Die entsprechenden Beträge für die Befragungslosten lauten auf 2,5 und 24,1 Millionen Goldmark. Durch den Reparations Recovery Act wurden aufgebracht 24,7 und insgesamt 87,4 Millionen Goldmark, wovon 65,4 Millionen auf Rechnung Englands und der Rest auf Rechnung Frankreichs kommen.

Die Deutsch-demokratische Partei und General Reinhardt

Der Führer der demokratischen Partei, Erich Koch, veröffentlicht einen offenen Brief an den Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos in Staffeln, General der Infanterie Reinhardt. Den Anlaß des offenen Briefes bildet ein Artikel General Reinhardts in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, worin dieser Angriffe gegen die demokratische Parteiführer gerichtet hatte, denen er u. a. zum Vorwurf machte, daß sie es für opportun halten, „den Stimmzetteln der Wäden im Volke, denen ein weitherziges „Nie wieder Krieg!“ gefällt, Rechnung zu tragen“, da sie dieses Verhalten für politisch einträglich hielten, als ein Befehnis zur unpopulären und unzeitgemäßen nationalen Rechtfertigung.

Koch stellt fest, daß der Artikel Reinhardts ein Beweis für die politische Einseitigkeit und Unwissenheit darstellt, die in leitenden Kreisen der Reichswehr noch vorkommt. Der Artikel sollte aber den für die Reichswehr verantwortlichen Stellen ein neuer Beweis für die Notwendigkeit sein, darin Wandel zu schaffen. Koch stellt weiter fest, daß General Reinhardt offenbar gerade die wichtigsten demokratischen Äußerungen in den letzten Jahren zur Reichswehrpolitik nicht kennt. Weder die Reden, die zu diesem Thema auf den demokratischen Parteitag gehalten worden sind, noch auch die Ausführungen, die gerade von demokratischer Seite Jahr für Jahr zum Hörtet gehalten werden. Überdies enthalte das demokratische Parteiprogramm folgenden Passus: „Das uns aufzuwiegende Soldnerheer ist baldigt durch ein Wehrsystem mit allgemeiner Wehrpflicht zu ersetzen, das geeignet ist, zur Verteidigung unserer nationalen Unabhängigkeit.“ Schließlich erklärte Koch, daß es ärgsten politischen Dilettantismus verrate, wenn man solche Gesinnung, wie sie von Nathenau bis Stresemann Nichtschmerz der amtlichen Außenpolitik gewesen ist, als einen Pazifismus abzutun versuche, der zum Eintritt in die Reichswehr unfähig mache.

Wie weiter mitgeteilt wird, hat sich Reichsminister a. D. Koch gleichzeitig an den Reichswehrminister Dr. Gessler gewandt mit dem Ersuchen, die demokratischen Führer gegen die unberechtigten Vorwürfe des Generals Reinhardt zu schützen.

Der preussische Innenminister im Rheinland

Der preussische Innenminister Grefenst, der auf einer Besichtigungstour durch die Rheinlande in Düsseldorf weilte, führte in einer Konferenz mit Vertretern der Wirtschaft, des Handels, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmererschaft u. a. aus: Wenn in wirtschaftlichen Kreisen die Auffassung besteht, daß für die älteren Erwerbslosen mit einer dauernden Erwerbslosigkeit gerechnet werden muß, so haben Regierung und Wirtschaft hier die Aufgabe, ehe die Verelendung weitergreift, vorzubeugen und zu helfen, wo es geht. Man wird von der Wirtschaft verlangen müssen, daß sie einen Teil der dadurch entstehenden Lasten mitträgt. Man darf dabei nicht vergessen, daß der Vertrag von Versailles dem gesamten deutschen Volke ungeheure Lasten auferlegt hat. Die besonderen Schäden der Rheinprovinz, die durch die Besatzung entstanden sind, müssen wieder gutgemacht werden. Die Staatsregierung wird hier im Rahmen des Möglichen alles tun. Das für den Bau der Autostraße Köln-Düsseldorf von der Provinzverwaltung geforderte Recht der Abgabenerhöhung hat der preussische Staatsrat trotz aller Bedenken als berechtigt anerkannt. In der Frage des Städtebaugesetzes kann die Staatsregierung augenblicklich nichts mehr tun. Das Gesetz liegt jetzt dem Landtag vor. Der Minister versicherte zum Schluß, daß er der Wirtschaft überall da helfen würde, wo er könne. Der Minister wird morgen seine Reise nach Köln fortsetzen.

Steuerliche Begünstigung neuer Wasserkraftwerke

Der „Frankf. Jtg.“ zufolge, ist der Erlass einer Verordnung über die teilweise Befreiung neuer errichteter Wasserkraftwerke von der Körperschaft- und Vermögensteuer in Aussicht genommen. Die vorgesehene steuerliche Begünstigung soll darin bestehen, daß neu errichteten Wasserkraftwerken, an deren Existenz die Allgemeinheit ein Interesse hat und deren Baubeginn in die Zeit vom 1. Januar 1924 bis 31. Dezember 1930 fällt, die Körperschaft- und Vermögensteuer je zur Hälfte auf die Dauer von 20 Jahren, vom Baubeginn an gerechnet, gestundet bzw. erlassen werden. Der Erlass ist an die Voraussetzungen geknüpft, daß das Werk innerhalb dieses Zeitraumes Abschreibungen in gewisser Höhe (6,9 bzw. 10 Prozent des Anlagekapitals) vornimmt. Durch die geforderten Abschreibungen soll erreicht werden, daß das Anlagekapital in erheblichem Umfang getilgt und damit ein wesentlicher Teil der Ueberzeugung der Anlagewerte aufgehoben wird. Wird die vorgeschriebene Höhe der Abschreibungen des betreffenden Zeitraumes (10 Jahre, 5 Jahre, 5 Jahre) nicht erreicht, so sind die gestundeten Steuern mit Zinsen nachzuentrichten.

Briand über die auswärtige Lage

Wie Havas berichtet, wird Briand heute Dienstag im französischen Ministerium über die auswärtige Lage Bericht erstatten. Es sei wahrscheinlich, daß die Frage aufgeworfen werden würde, ob es angebracht sei, eine parlamentarische Debatte über die auswärtige Lage zuzulassen. Eine derartige Aussprache müßte notwendigerweise auch die deutsch-französischen Beziehungen berühren, was gegenwärtig ziemlich unangebracht wäre, da einerseits die deutsche Ministerreise noch nicht gelöst sei, und andererseits die Verhandlungen des Generals Balfors mit der Wehrkonferenz noch im Gange sind. Gavas vermutet, daß der Minister nicht sofort eine Aussprache über die auswärtige Politik vornehmen werde.

Die Unterdrückung des Memellandes

Die für Montag einberufene Sitzung des Memelländischen Landtags, die erste nach dem Umsturz in Litauen, ist durch den Kriegskommandanten von Memel verboten worden. In einem Schreiben an das Präsidium hat der Gouverneur dieses Verbot des Kriegskommandanten bestätigt.

Wegen des Verbotes der Sitzung, in der dem dem Landtag aufzugehorigen Direktorium Schwellnus das Wehrtruppen ausgesprochen und ein Protest gegen die bisherige widerrechtliche Behinderung des Landtages durch die Militärdisziplin erhoben werden sollte, hat der Landtag an den Gouverneur des Memelgebietes einen Protest gerichtet, der von allen anwesenden Abgeordneten der Einheitsfront (Volkspartei, Landwirtpartei und sozialdemokratische Partei) unterschrieben worden ist. Der Protest hat folgenden Wortlaut: „Die für den 28. Dezember 1926 festgesetzte 30. Sitzung der ersten ordentlichen Tagung des Landtages wurde auf Wunsch des Herrn Gouverneurs verlegt und auf den 10. Januar festgesetzt. Der Kriegskommandant und der Herr Gouverneur haben sich das Recht anmaßt, das Zusammenkommen der Abgeordneten zur Sitzung zu verbieten. Den dem Kriegskommandanten zustehenden Gewaltmitteln weichen, legen die unterzeichneten Abgeordneten härteste Verwahrung gegen dieses in einem Rechtsstaat unerhörte Vorgehen gegenüber einer gesetzlichen Körperschaft ein.“

Die „Tägliche Rundschau“ will wissen, daß die litauische Regierung im Laufe dieser Woche beabsichtigt, die Ausweisungen der deutschen Redakteure zurückzugreifen.

Der polnische Außenminister gegen Deutschland

Bei einem Banquet anlässlich der Gründung der Gesellschaft zur Untersuchung internationaler Fragen hielt der polnische Außenminister Jaleski in Warschau eine politische Rede, in der er sich besonders über das deutsch-polnische Verhältnis aussprach. Er führte u. a. aus: Obgleich Deutschland Mitglied des Völkerverbundes ist, entfaltet es gegen unsere Westgrenze eine unerhörte starke Propagandaoffensive, die nicht nur nicht mit dem Art. 10 der Völkerverbundsatzung in Einklang zu bringen ist, sondern die auch für den Frieden Polens, ja sogar für den allgemeinen Frieden selbst gefährlich ist. Ich erkläre, daß wir eine Revision unserer Beziehungen nicht zulassen werden. Um keinen Preis werden wir auch nur einen Fuß breit pommerellen oder ostpreussischen Bodens abtreten, jene seit Jahrhunderten polnischen Länder, die uns der Sieg des Rechts und der Gerechtigkeit wieder zurückgegeben hat (?). Jeder weiß, daß Polen ohne sie nicht leben kann. Ich habe die Hoffnung, daß die Einmütigkeit in den Auffassungen des polnischen Volkes das Auskommen sinnloser Pläne, wie z. B. Austausch des Korridors gegen Litauen und Memel unmöglich machen wird.

Reise des bayerischen Ministerpräsidenten in die Pfalz. Wie die pfälzischen Blätter melden, wird Ministerpräsident Dr. Veit anlässlich einer Kreiserversammlung des Pfalzverbandes der Bayerischen Volkspartei am 16. Januar in Kaiserslautern eine Rede halten. Außerdem sollen Reichs- und Landtagsabgeordnete der Bayerischen Volkspartei bei dieser Gelegenheit über die politische Lage referieren.

Münzstatistik. Die Münzprägungen im Dezember beliefen sich auf 2,19 (1,73) Mill. Ein- und 11,5 (11,6) Mill. Zweimarkstücke. Die übrigen Sorten blieben unverändert. Ende November waren 822,4 Mill. insgesamt im Umlauf, Ende Dezember 835 1/2 Mill.

Badischer Teil

Zum 60. Geburtstag des Geh.-Rats Prof. Dr. Anschütz in Heidelberg

hat Staatspräsident Dr. Köhler folgendes Glückwunschtelegramm gesandt:

„Dankerküllten Herzens entbietet die badische Staatsregierung aufrichtige Glückwünsche zur Vollendung des sechzigsten Lebensjahres. Mit Anerkennung und Stolz sieht das badische Volk in Ihnen den aufrechten Bürger, den vorbildlichen Lehrer der Jugend, den hervorragenden Gelehrten und erfolgreichen Forscher. Ad multos annos.“

Ausdehnung der polizeilichen Rheinüberwachung auf schweizerisches Gebiet

Wie aus dem Jahrbuch des amtlichen holländischen Flussbewachungsdienstes zu entnehmen ist, scheiden zurzeit zwischen den verschiedenen Strompolizeibehörden von Holland, Preußen, Hessen, Bayern und Baden einerseits und der schweizerischen Polizeibehörde andererseits Unterhandlungen über eine Ausdehnung der polizeilichen Rheinüberwachung auf schweizerisches Gebiet. Es steht zu erwarten, daß noch im Laufe dieses Monats Vertreter der holländischen und der deutschen Strompolizeibehörden und Vertreter der schweizerischen Polizei in Basel eine Besprechung über diese Frage haben werden. In diesen Besprechungen werden u. a. der Leiter der preussischen Rheinstrompolizei, Polizeispektor Lang-Kobenz und der Hauptpolizeikommissar von Rotterdam teilnehmen.

Vorführung landwirtschaftlicher Lehrfilme

Montag vormittag fand im Residenztheater zu Karlsruhe die Vorführung von landwirtschaftlichen Lehrfilmen durch die Badische Landwirtschaftskammer statt, an der etwa 800 Jünger von Saalbauern, Schülern der landw. Schulen aus der Umgebung der Landeshauptstadt, sowie Landwirte aus dem ganzen Lande teilnahmen. Auch die Regierung war vertreten. Zunächst wurde ein Film aus der deutschen Stickstoffindustrie vorgeführt, aus dem der Einfluß der Stickstoffdüngung auf das Wachstum aller Getreide- und Gemüsesorten ersichtlich war, dann der Grimlandfilm, der zeigte, wie Landwirtschaft und Viehzucht unzertrennlich zusammengehören. Neben dem Lehrfilm bot der Film auch eine Reihe prächtiger Landschaftsbilder. Nach einem gemeinschaftlichen Mittagessen fand eine interne Sitzung der Landwirtschaftskammer statt.

Altersheim und Kreispflegeanstalt Sub

Zu der Nachricht, daß das Gut Lindenhof bei Ottersweier in Verbindung mit der nahe gelegenen, von den Kreisen Karlsruhe und Baden unterhaltenen Kreispflegeanstalt Sub zu einem Altersheim für Rentner untergebracht werden soll, wird dem „Karlsruh. Tagbl.“ mitgeteilt, daß nicht der Kreis Baden das genannte Gut zu Alleinigentum erworben hat, sondern nur zu etwa einem Viertel anteilsberechtigt ist, nämlich zu dem Anteil, der ihm an der Kreispflegeanstalt Sub zusteht. In den übrigen drei Vierteln ist der Kreis Karlsruhe Eigentümer der Kreispflegeanstalt, wie des neu erworbenen Gutes Lindenhof. Anzeigung zu letzterer Erwerbung hat die Kreisverwaltung Karlsruhe gegeben. Die Erwerbung ist erfolgt, um die an der Grenze ihrer Befähigung angelangte Kreispflegeanstalt mit ihren 700 Pflegelingen zu entlasten. Es ist jedoch nicht beabsichtigt, das gekaufte Gut als Altersheim zu verwenden, weil eine Verbindung zwischen einem Altersheim und einer Kreispflegeanstalt mit ihren wesentlich anders gearteten Aufgaben zweckwidrig wäre. Der von der Kreisverwaltung Karlsruhe seit längerer Zeit verfolgte Plan, ein Altersheim zu errichten, ist durch Bereitstellung von Mitteln gefördert worden und wird nach Erwerbung eines hierzu geeigneten Anwesens in anderer Weise zur Ausführung kommen.

Die Interessenvertretung der Liquidationsgeschädigten aus Elsass-Lothringen

Die Interessenvertretung der deutschen Liquidationsgeschädigten aus Elsass-Lothringen E. R. (Eis Karlsruhe) hielt in Karlsruhe ihre aufbesuchte Generalversammlung ab. Die über fünfständigen Verhandlungen wurden von Hellw. Vorsitzenden Schäfer-Karlsruhe geleitet. Der 1. Vorsitzende Weyler-Freiburg berichtete über die Tätigkeit des Vorstandes.

Dr. Bruno Fürtz-Karlsruhe a. M. besprach in längerem Vortrag die einschlägigen Bestimmungen des Pariser Vertrages und zog auch verschiedene Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs an, um daraus den Rechtsanspruch der Liquidationsgeschädigten auf vollen Ersatz ihres Schadens abzuleiten. Jeder einzelne sei berechtigt, sein Recht selbst geltend zu machen. Für die Verdäugungsschäden läme lediglich ein moralischer Anspruch in Frage. Eine Gleichstellung der Liquidationsgeschädigten mit den Aufwertungsgläubigern sei irrig. — Geheimer Justizrat Dr. Kuland-Letzburg entwickelte die Möglichkeiten für das Zukunftsprogramm der Interessenvertretung und wurde dabei unterstützt durch Ausführungen des Rechtsvertreters Dr. Uhl-Berlin. — Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt und der Jahresbeitrag auf 18 RM. festgesetzt, unbeschadet der freiwilligen Spenden. Die Verhandlungen fanden ihren Niederschlag in folgender Entschliessung:

„Die Generalversammlung der Interessenvertretung der deutschen Liquidationsgeschädigten aus Elsass-Lothringen e. R., Eis Karlsruhe, hat in vollem Einverständnis mit den anwesenden Vertretern anderer Liquidationsgläubigerverbände des früher feindlichen Auslandes einstimmig nachstehenden Beschluß gefaßt: Es wird unabhängig von dem Ausfall des Gaager Schiedspruches eine gerechte endgültige gesetzliche Regelung der Rechtsansprüche aller Liquidationsgläubiger ohne weitere Verzögerung gefordert. Abgesehen von den Klein-Liquidierten, denen Parzahlung zu gewahren ist, erscheint der Weg der Eingabe von Schuldtiteln in Höhe des Liquidationsgrundbetrages nebst Zinsvergütung von der Besitztziehung ab gangbar, wenn die Ausgabe dieser Titel auf eine Reihe von Jahren sich verteilt. Alle Streitigkeiten über Liquidationsansprüche sind durch die ordentlichen Gerichte zu entscheiden. Allen und erwerbslosen Liquidierten sind sofort auf Grund einer vorläufigen Regelung laufend Beträge in Höhe der ihnen für ihre festgestellten Forderungen zustehenden Zinsen auszugeben.“

Diese Entschliessung geht an das Reichsfinanzministerium, gleichzeitig mit dem Ersuchen, an die Landesfinanzämter eine Verfügung zu erlassen auf milde Handhabung der Steuergesetze gegenüber den Liquidationsgeschädigten.

Der Rückgang der Bienenzucht in Baden

Im Dezember 1914 wurden in Baden insgesamt 120 677 Bienen, darunter 116 542 in Rothbienen, 4 135 in Stäubbienen, gezüchtet. Im Jahre 1920 waren es insgesamt noch 107 191 Bienen. Im Jahre 1925 aber schrumpft auch diese Zahl auf 81 588 Bienen zusammen, worunter 71 424 Bienen mit beweglichen Bienen und 10 164 Bienen auf unbeweglichen Bienen gezüchtet wurden. In den hier in Betracht kommenden elf Jahren hat Baden somit nahezu 40 000 Bienen, das sind 32 Prozent, verloren. Dieser gewaltige Rückgang ist hauptsächlich eine Folge der vielen Mißjahre und der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Bienenzüchter, was auch am besten daraus hervorgeht, daß sich die Zahl der Bienen auf beweglichem Bau, also der Rothbienen auf Kosten der Stäubbienen um 6000 vermehrt hat.

Die Lage in der Textilindustrie

W. Freiburg, 11. Jan. Nachdem die Forderungen der Arbeitnehmerverbände auf endgültige Regelung der Lohnverhältnisse in der badischen Textilindustrie seitens des Arbeitgeberverbandes abgelehnt worden waren, haben die Arbeitnehmerverbände den Schlichtungsausschuß Karlsruhe angezogen. Die Arbeitnehmerverbände beabsichtigen, falls die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß zu keiner Einigung führen sollten, einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses zu beantragen.

Sochwasser

D. Heidelberg, 10. Jan. Der Redar ist gestern mit einem Höchststand von 2,80 Meter in die Höhe der Sochwasserzunge (3 Meter) gekommen. Vom Oberlauf wird nunmehr ein erhebliches Fallen des Wassers gemeldet.

Gemeinde-Rundschau

Die Kreisversammlung des Kreises Karlsruhe hielt Samstag nachmittag die erste Sitzung nach den Neuwahlen im Rathaus ab. Der Kreisvorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Stritt, wie auch der Landeskommissar Geheimrat Gräfer sprachen unter Hinweis auf die Bedeutung der Kreisversammlung die Hoffnung auf ein gutes Gelingen für die künftigen Aufgaben aus. Dabei gedachte Herr Stritt auch des im verflochtenen Jahre verstorbenen verdienten Kreisratsmitgliedes Meerpel (Untergrumbach). Zum Vorsitzenden der Kreisversammlung wurde Medaieur Schädelin, Porzheim (Soz.), gewählt. Zu Mitgliedern des Kreisrates wurden bestimmt: Dr. Dietrich, Professor in Karlsruhe (Soz.), Trinks, Parteisekretär in Karlsruhe (Soz.), Schädelin, Medaieur in Porzheim (Soz.), Oberbürgermeister Dr. Meister, Bruchsal (Ztr.), Dr. August Anderer, Landwirt in Eberoth (Ztr.), Brauer, Oberlandesgerichtsrat (Deutschn.), Schmidt, Rechtsanwalt in Bretten (Ztr.) und Schweigert, Fabrikant in Porzheim (D. Sp.). Die Wahl des Kreisvorsitzenden fiel wiederum auf den Oberlandesgerichtsrat Stritt (Dem.), die des Stellvertreters auf den Bürgermeister Nübert, Durlach (Soz.).

Städtische Sparkasse Karlsruhe. Der Stand der reinen Sparanlagen ergibt auf Ende des Jahres 1926 den Betrag von 18,8 Millionen Mark. Im Dezember wurden 776 neue Sparbücher ausgefertigt.

Die Mannheimer Milchzentrale. Wie das Städtische Nachrichtenamt Mannheim mitteilt, ist Professor Dr. E. G. Schlich, Direktor des Obg. Instituts der Universität Heidelberg in einem Gutachten über die Milchzentrale, die in Mannheim ebenso wie in Karlsruhe errichtet ist, zu folgendem Ergebnis gekommen: Die Mannheimer Milchzentrale A.-G. ist ein ausschließlich gemeinnütziges Unternehmen, das in erster Linie der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege dient und dessen Tätigkeit der Allgemeinheit direkt zugute kommt. Sie unterscheidet sich von dem gewöhnlichen Milchhandel wesentlich dadurch, daß sie durch vorbildliche technische Einrichtungen unter steter sachkundiger Überwachung aus dem vom gesundheitlichen Standpunkt aus unzuverlässigen Rohmaterial durch einen Umarbeitungs- und Veredelungsprozess ein hygienisch einwandfreies, reines Produkt schafft, das von gleichmäßiger Beschaffenheit, von hohem Nährwert, von peinlicher Reinlichkeit, von verlängerter Haltbarkeit und vor allem frei von Seuchenerregern ist und daher der Bevölkerung Schutz vor Übertragung ansteckender Krankheiten durch Milch und Förderung der Säuglingsernährung gewährt. Die von der Mannheimer Milchzentrale A.-G. vereinnahmten Entgelte bleiben in Anbetracht des Nährwertes ihrer Milch hinter den Milchpreisen einer größeren Anzahl anderer Großstädte zurück, und der geringe Preiszuschlag, der durch den Umarbeitungs- und Veredelungsprozess der Milch bedingt ist, steht in keinem Verhältnis zu den hohen wirtschaftlichen Werten, die durch die so erreichte Förderung der Volksgesundheit erpariert werden.

Die dritte Heidelberger Redarbrücke. Der Stadtrat Heidelberg hat vorbehaltlich der Genehmigung des Bürgerausschusses dem Projekt der Firma Wagh & Freytag für den Bau der dritten Redarbrücke den Zuschlag erteilt. Der Anlauf von drei weiteren Projekten wurde in Aussicht genommen.

Bürgermeisterwahl. Bei der in Feldkirch abgehaltenen Bürgermeisterwahl wurde mit großer Stimmenmehrheit der Redner der Kreditkassa Ernst Nagels zum Ortsvorsteher gewählt.

Der diesjährige Veranschlag von Bad Dürkheim weist in Einnahmen 212 741 RM., an Ausgaben 255 307 RM. auf. Der Fehlbetrag muß durch eine Umlage von 65 Pfg. gedeckt werden. Die Einnahmen und Ausgaben haben sich gegenüber der Friedenszeit um das Vierfache vermehrt.

Die deutschen Berufsvereinigungen

Die diesjährige Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Berufsvereinigungen, die in Wiesbaden tagte, hatte neben der berufsgenossenschaftlichen Heilfürsorge die Unfallversicherung zum Hauptthema der Beratungen. Nicht unerwähnt blieben die Ausführungen über die Auswertung der amerikanischen Unfallversicherungsmethoden für deutsche Verhältnisse machte nach dem Bericht der „Sozialen Praxis“ der Leiter der Zentralstelle des Verbandes, Gewerbeaufseher a. D. Michels. Nicht die besser als bei uns durchgeführten Schutzvorrichtungen haben, wie er vor der Reise nach Amerika vermutete, den großen Erfolg der amerikanischen Unfallversicherung herbeigeführt, sondern das eigentliche Wirkungsvollste war die Einstellung der Arbeiterschaft zu diesen Schutzmaßnahmen. In Amerika beginnt die Bekehrung über Zweck und Ziel der Unfallversicherung bereits in der Volksschule. Auch die deutschen Berufsvereinigungen haben schon wiederholt gefordert, die Unfallversicherung im Lehrplan der Volksschulen zu berücksichtigen. Nützlich habe die Zentralstelle für Unfallversicherung eine Eingabe an das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gemacht, dem Unterricht über Verkehrssicherheit in den Straßen und erste Hilfeleistung in den Lehrplan der Volksschule aufzunehmen. Dies sei abgelehnt worden; immerhin aber habe der Minister in einem Erlaß an die Provinzialkultollegen und Regierungen zum Ausdruck gebracht, daß die Schüler besonders auf Schulausflügen über die Unfallgefahr im Straßenverkehr zu belehren seien. In Bayern sei durch

Verordnung vom 13. Mai 1916 die Unfallversicherung als Unterrichtsgegenstand in ländlichen Volks- und Fortbildungsschulen eingeführt. — Unter Hinweis darauf, daß die Mehrzahl der Unfälle auf das eigene Verhalten der Arbeiter zurückzuführen seien (eine Behauptung, die in der Gewerkschaftspresse auf scharfe Kritik gestoßen ist), wird in Amerika die Durchführung der amerikanischen Unfallversicherungsmethoden durch die Arbeiter zur Selbstüberwachung erzwungen. — Die gute Durchführung der amerikanischen Unfallversicherungsmethoden wird darauf zurückgeführt, daß in Amerika für derartige Maßnahmen ein Nachlass an Beiträgen gewährt wird. Der Vorktragende erörtert, in welcher Weise eine solche Vergünstigung auch unserem Umlage-system einzupassen wäre. — In dem folgenden Referat beschäftigte sich Dr. Gerst mit Kultur und Unfallversicherung. Die sportliche Durchbildung des Körpers führe dazu, daß die Geistesgegenwart erhöht und die Reaktionszeit vermindert würde. Daher sei die sportliche Betätigung von großer Bedeutung für die Unfallver-

Die Volkswohnung und ihr Innenausbau. „Die Volkswohnung und ihr Innenausbau“ ist das Thema einer großen Sonder-Vorstellung, die gelegentlich der Frankfurter Frühjahrsmesse vom 27. bis 30. März im Rahmen der Gruppe Bauwesen stattfinden wird. Unter dem Vorsitz des Leiters des Frankfurter Hochbauamtes, Stadtrats Wagh, tagte am 5. Januar in Frankfurt a. M. eine durch die Vertreter von zahlreichen Behörden sowie wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Verbänden besetzte Versammlung, die die Zweckmäßigkeit einer solchen Veranstaltung einstimmig anerkannte und einen Ausschuß zum Aufstellen und Durchführen des endgültigen Programms einsetzte. Mit der Veranstaltung werden Tagungen der genannten Verbände verknüpft, in denen Vorträge, die hauptsächlich das Thema „Normung im Baugewerbe“ behandeln sollen, gehalten werden. Das Reichamt Frankfurt a. M. ist beauftragt, Interessenten Auskunft zu erteilen.

Aus der Landeshauptstadt

Reichsgründungsfeier der Technischen Hochschule. Am Dienstag, den 18. Januar, vormittags 11 Uhr, findet in der Aula der Technischen Hochschule eine Reichsgründungsfeier statt, wobei Prof. Hans Frede über das Thema „Der deutsche Städtebau seit der Reichsgründung“ sprechen wird.

Die „Karlsruher Verbstage“, die sich als ständige Einrichtung der Landeshauptstadt immer größerer Bedeutung auch über Badens Grenzen hinaus erfreuen, haben stets der Heimatkultur in besonderer Weise gedient. Stets waren es Veranstaltungen großen Stiles, die im Mittelpunkt der Verbstage dem Heimatgedanken gewidmet waren. Die Festzüge sind heute noch in aller Erinnerung und der diese Eindruck, den die Heimatstube im vergangenen Jahre hinterließen, ist noch nicht verwischt. Und so wird in diesem Jahre aufs neue der Gedanke der Heimat über den „Karlsruher Verbstage“ leben und wird dieses Mal in neuer Form Badenland, Pfalz und Saar vereinen. Bereits in diesen Tagen konnte die erste informativische Besprechung stattfinden, in der in großen Zügen das Programm einer Ausstellung aufgestellt wurde, die unser Heimatland in seinen kulturellen Werten und Erscheinungen zeigen soll. Auch hierbei werden Pfalz und Saar mit den verschiedenen Gauen des Badenlandes gemeinsam in Erscheinung treten. Die Ausstellung, die sich auf das kulturelle Gebiet beschränken soll, ist vom 1. bis 10. Oktober in der Stadt. Aufstellungsorte geplant. In der Besprechung zeigten die Vertreter der großen Heimatorganisationen lebhaftes Interesse für den Plan, so daß wohl bald eine endgültige Entscheidung über Aufbau und Programm der Ausstellung herbeigeführt werden kann.

Die Grippe. Auch unsere Stadt hat eine größere Zahl Grippekranker aufzuweisen; doch handelt es sich durchweg um leichte Fälle. Die Todesfälle der letzten Tage waren auf andere Ursachen zurückzuführen.

An die Unvorsichtigen. Im heutigen Polizeibericht findet sich folgende Warnung: In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen durch Aufbewahrung von teilweise noch glühender Asche — hauptsächlich Brilleasche — in Dolchkisten Brände verursacht werden, weshalb erneut auf diese Gefahr hingewiesen und bemerkt wird, daß bei Nichtbeachtung dieser Warnung unter Umständen wegen fahrlässiger Brandstiftung eingeschritten werden muß.

Eine Falschmünzergarde verhaftet. Wegen Münzverbrechens bzw. Beihilfe hierzu wurden ein 24 Jahre alter Kaufmann, ein gleichaltriger Schlosser, ferner ein 22jähriger Schlosser und ein 16 Jahre alter Tagelöhner, sämtlich aus Görden bei Gernsbach, festgenommen. Sie hatten im vergangenen Jahre falsche 1-Markstücke hergestellt und in den Verkehr gebracht.

Badisches Landes-theater. Am heutigen Dienstag geht Lucius nachgelassene Oper „Turandot“ unter musikalischer Leitung von Josef Krips zum drittenmal in Szene. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr. — Für die „Volkshöhle“ geht am Mittwoch, den 12. Januar, Gerhart Hauptmanns Berliner Tragikomödie „Die Käthen“ in Szene. Am Donnerstag, den 13. Januar, erfolgt die dritte Aufführung des Lustspiels „Dover-Calais“ von Julius Versil. Goethes „Egmont“ mit Beethovens Musik gelangt am Samstag, den 15. Januar zur Wiederholung. Auf Sonntag-Nachmittag, den 16. Januar (1/2 Uhr) ist der Schwank „Die Cambrurer Jülinge“ angelegt. Als Erstaufführung geht im Konzerthaus am Sonntag, den 16. Januar der Schwank „Aur kein Standal“ von Karl Müller-Ruzila in Szene. Als nächste Klassiker-Reneinstudierung befindet sich Shakespeares Komödie „Wie es Euch gefällt“ für Ende Januar in Vorbereitung.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Bei anhaltend westlicher Luftzufuhr ist die Erwärmung gestern noch weiter fortgeschritten. Die Ebene hatte 9 Grad Höchsttemperatur. Gleichzeitig stiegen auch im Gebirge mit Ausnahme der höchsten Lagen die Temperaturen über den Nullpunkt, so daß Tauwetter herrscht. Vorberhand besteht noch keine Aussicht für eine Unterbrechung der Wärmezufuhr. Für die nächsten Tage ist daher mit fortwährend mildem und beständigem Wetter zu rechnen. Wetterausichten für Mittwoch: Keine wesentliche Änderung.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 47 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Gesetz über die Gewährung einer Sonderbeihilfe an die Beamten. Verordnung des Ministers des Innern: Deutsches Arzneibuch.

Nr. 48 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Bekanntmachung des Ministers der Finanzen zur Verordnung über die Markanleihen des Freistaates Baden; Verordnungen des Ministers des Innern: Siebente Verordnung über die Durchführung der Ablösung der Markanleihen der Gemeinden und Gemeindeverbände; Deutsches Arzneibuch; die Vornahme von Sprengungen.

D. Mannheim, 10. Jan. Die hiesige Autotaximeter-Vereinigung war gestern nachmittag mit ihren sämtlichen Fahrzeugen in einen Streit getreten, weil das Regimentsamt mit einer Erhöhung des tarifmäßigen Preises unter bestimmten Voraussetzungen nicht einverstanden war. Zum Protest hatte sich der ganze Wagenpark mit 60 Autos auf dem Wegplatz aufgestellt. Doch führten die Verhandlungen zu einem Ergebnis, so daß um 7 Uhr der Streit sein Ende fand.

D. Mannheim, 11. Jan. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich ein Gerichtsvollzieher, der mit einer Frau, mit der er dienstlich zu tun hatte, ein Verhältnis angeknüpft hatte, das sich sehr vertraulich gestaltete, wegen Untreue im Amte zu verantworten. Er standete der Frau im Beitretungsverfahren größere Beträge und gab ihr sogar von seinen Dienstgelbern. Als er Schlaf machen wollte, drohte ihm die Frau mit Enthüllungen bei seiner Gattin, worauf er eingeschüchtert in 36 Fällen omtliche Gelder unterschlug und die Verfehlungen durch falsche Einträge usw. verschleierte. Das Gericht verurteilte ihn zu einjähriger Gefängnis.

D. Heidelberg, 10. Jan. Im Jahre 1926 übernachteten in Heidelberg insgesamt 171 791 Fremde, d. h. gegen 1925 fast 40 000 Personen mehr. Ausländer waren es 22 618, also ein Mehr von 9000 Personen gegen das Vorjahr. Das Hauptkontingent mit 10 694 Besuchern stellten die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

D. Wiesloch, 8. Jan. Der Mitbegründer der Vereinigten Leder- und Schuhfabrik G. m. b. H. Wiesloch, Gustav Greiff, ist in München im 77. Lebensjahre gestorben. Der Verewigte, ein gebürtiger Wieslocher, war seinerzeit auch Landtagsabgeordneter.

D. Untergrumbach, 10. Jan. Seinem kürzlich so jäh aus dem Leben geschiedenen Sohne ist nun auch der Vater, der 80 jährige Seniorchef der weltbekannten Firma M. Rezapfel Söhne, Meier Rezapfel, gefolgt. Aus ganz kleinen Anfängen des Verstorbenen ist die heutige Rohstoffabhandlung zu einem führenden Unternehmen in Deutschland emporgewachsen.

Langensteinbach (Amt Ettlingen), 9. Jan. Nach kurzer Krankheit ist hier einer der populärsten Pfarrer Badens, Theodor Wöhrle, im Alter von 56 Jahren gestorben. Seit 1908, da er vom Pfarramt zurücktrat, hat er sich mit seiner ganzen Kraft für den Landesverein für Innere Mission betätigt. Sein eigentliches Lebenswerk stellt das Erholungsheim Bethanien in Langensteinbach dar. Als Herausgeber des „Reichsgottesboten“ und der „Gemeine“ ist er weit bekannt geworden.

D. Baden-Baden, 10. Jan. Der größte Inker Baden ist Oberzolinspektor a. D. Fr. Kall in Baden-Baden. Auf einem kleinen 12 badische Morgen umfassenden Landgut bewirtschaftet er in geräumigen, hellen, auf 2 Terrassen aufgestellten Bienenständen, die etwa 25 Meter lang sind, 300 Bienen. Für die Arbeiten wie Königlicheidern, Wachsaulassen, Futterrichten usw. ist ein besonderer Wirtschaftsbau vorhanden. Ein Bienenmeister unterstützt den Besitzer bei den umfangreichen Arbeiten, die ihm der Betrieb dieser großzügig angelegten Bienenwirtschaft nötig macht. Der Besitzer hat, um die Wechselbeziehungen zwischen Bienen und Obstblüten für sich fruchtbar zu machen, das ganze Gelände durch Anpflanzung von etwa 2000 Obstbäumen zu einem reiche Früchte tragenden Obsthut umgewandelt.

D. Heil, 8. Jan. Wie wir erfahren, wird eine Verrechnungsangelegenheit, deren Spuren ins Saßengebiet führen und in die der frühere Geschäftsführer der Mathes-Werke, Dr. Hbl, und verschiedene Polizeibeamte verwickelt sind, am 26. Januar vor dem Schöffengericht Offenburg zur Verhandlung kommen.

Freiburg, 10. Jan. Die Kriminalpolizei Freiburg teilte mit: Am Sonntag, den 9. d. M., 6 Uhr abends, hat ein 22 Jahre altes Dienstmädchen namens Annelie Korn, die hier in Stellung war, in Breisach den Tod im Rhein gesucht und gefunden. Nach einem hinterlassenen Brief war das Motiv zur Tat die Kündigung ihrer Stellung. Sie ist 1,50 Meter groß, hat gelbes, volles, rundes Gesicht, schwarze Haare, niedere Stirn, gerade Nase, im Oberkiefer einen Goldzahn, spitze Kinn, kleine Ohren, trägt einen braunen Mantel mit Pelzbefah am Kragen und drei Ärmeln, schwarze Strümpfe und schwarze Lederschuhe. Bei Auffinden der Leiche wird gebeten, die Staatsanwaltschaft Freiburg zu verständigen.

Donauschingen, 10. Jan. (Amtlich) Heute mittag gegen 2 Uhr entleerten bei der Einfahrt in den Bahnhof Donauschingen fünf Wagen des Güterzuges 7716, wodurch beide Hauptgleise gesperrt wurden. Personen wurden nicht verletzt. Der Sachschaden ist nicht erheblich. Der Personenverkehr wird durch Umfahrungen aufrecht erhalten. Der einseitige Verkehr kann voraussichtlich in vier Stunden, der volle Verkehr in acht Stunden wieder aufgenommen werden.

Radolfzell, 11. Jan. Reichstagsabgeordneter Diez-Radolfzell feierte am 8. Januar die Vollendung seines 50. Lebensjahres. Zugleich sind es in diesem Monat und zwar am 20. Januar fünfzehn Jahre her, seitdem Diez Reichstagsabgeordneter ist. Der „Bad. Beobachter“ schreibt: Diez ist der würdige Nachfolger seines Vorgängers Hug, ein gewandter Redner, ein Volksmann im besten Sinne des Wortes und ein Charakter. Die „Freie Stimme“ Radolfzell schreibt u. a.: Eine an Arbeit und Mühen reiche Zeit parlamentarischer Tätigkeit liegt hinter ihm. Hochangesehen in der Fraktion als Vertreter der Landwirtschaft, hat er viel für diesen Berufsstand getan. Aber nicht einseitig. Immer hat er die Zusammenhänge im Auge behalten, immer das Wohl des großen Ganzen berücksichtigt.

Zeitschriftenschau

Die Zeitschrift für Geopolitik erweitert sich vom 1. Januar 1927 ab durch die Verbindung mit der Zeitschrift Weltpolitik und Weltwirtschaft. Durch diese Verbindung zweier bisher konkurrierender Zeitschriften erhält endlich auch Deutschland ein großes und einflussreiches weltpolitisches Organ, das den entsprechenden Zeitschriften des Auslandes in jeder Hinsicht an die Seite zu stellen ist. (Verlag Kurt Vowinkel, Berlin-Grunewald).

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Durch Beschluß vom heutigen Tage ist das Bergwerkseigentum an dem Gipsbergwerk auf Gemarkung Eberlingen, in Baden gegeben am 6. Dezember 1878, als dessen Eigentümer im Bergwerksgrundbuch des Grundbuchamtes Stühlingen der verstorbenen Wilhelm Gasser in Unterhollau (Schweiz) eingetragen ist, aufgehoben worden.

Karlsruhe, den 6. Januar 1927.
Ministerium der Finanzen
Abt. f. Salinen und Bergbau:
Raumann.

Die südafrikanischen Eingeborenen-gesetze

Seit dem Jahre 1921 beruht — wie aus Johannesburg berichtet wird — die Regierung der Südafrikanischen Union alljährlich eine Eingeborenenskonferenz zusammen, die sich aus von der Regierung ernannten Mitgliedern zusammensetzt, wodurch der Regierung Gelegenheit gegeben wird, die angesehensten Führer und Häuptlinge der Eingeborenen zu versammeln.

Die 5. Konferenz, die im November in Pretoria stattfand, hatte sich mit der geplanten Eingeborenenengesetzgebung zu beschäftigen. Die Absichten, welche die Regierung in dieser Richtung verfolgt, stoßen bei der weißen, wie auch bei der farbigen Bevölkerung in verschiedener Hinsicht auf starke Widerstände, da man einerseits in britischen und englischen Kreisen gegen den Gedanken einer Vertretung der Eingeborenen im Parlamente ist und auch von den Bemühungen des Premierministers General Herkog, die Mischlingsbevölkerung mehr an die Weißen anzuschließen, nichts wissen will, während andererseits die Eingeborenen hauptsächlich gegen den Plan sind, daß für sie Reservate (wie für die Indianer in Amerika) geschaffen werden sollen.

In diesem Zusammenhange verdient erwähnt zu werden, daß für solche Eingeborenenansiedlungen auch Südwesafrika in Aussicht genommen ist, wogegen sich die dortigen Deutschen heftig zur Wehr setzen, um nicht Südwest zu einem Schutzablaßplatz für die Union werden zu lassen.

Die Konferenz in Pretoria hat gezeigt, daß die Regierung, so sehr sie auch bemüht ist, bei den Eingeborenen ein wohlwollendes Verständnis für ihre Gesetzesvorschläge zu finden, keineswegs erfolgreich war, denn die Konferenz hat sich entschieden gegen die Vorlagen ausgesprochen.

Die Vorlage für die Vertretung der Eingeborenen im Parlament (Representation of Natives in Parliament Bill) wie auch die Ansiedlungsvorlage (Natives Land Bill) wurden beide sehr abfällig kritisiert und es sind durchgreifende Änderungen der Entwürfe verlangt worden. Nur die Vorlage für den Eingeborenenrat (Natives Council Bill) ist unter der Bedingung gutgeheißen worden, daß sie von den anderen Entwürfen getrennt werde.

Das für die Regierung recht unerfreuliche Ergebnis der Konferenz ist von der Oppositionspresse zurückhaltender behandelt worden, als unter anderen Umständen zu erwarten gewesen wäre, weil die Eingeborenenpolitik bei der Opposition ebenfalls keine einheitliche Beurteilung findet, denn ein General Smuts zu der Frage ausgearbeitetes Memorandum ist bei seiner eigenen Partei auf Widerspruch gestoßen.

In Verbindung mit dem geplanten Eingeborenenengesetz steht noch eine andere Gesetzesvorlage, die „Asiatic Bill“, die sich mit einer Beschränkung der sozialen und wirtschaftlichen Rechte der in der Union lebenden Inder beschäftigt. Über die Lösung dieser Frage, die in Indien viel böses Blut gemacht hat, sprach sich General Herkog im Herbst auf der Londoner Reichskonferenz recht optimistisch aus, und in der Union selbst sind die Stimmen aus dem Lager der Opposition in der letzten Zeit gemäßigter geworden, so daß angenommen wird, bei der bevorstehenden Konferenz indischer Delegierter in Kapstadt werde es zu einer Lösung kommen, die zugleich den Interessen Südafrikas und des Britischen Weltreiches dienen könne.

Hans Fikner Mitglied des Maximilian-Ordens. Das Kapitel des bayerischen Maximilian-Ordens für Wissenschaft und Kunst hat den Komponisten Dr. Hans Fikner zum Mitglied des Ordens in der Abteilung für Kunst ernannt. Zugleich hat das Ordenskapitel Dr. Hans Fikner, sowie das ordentliche Mitglied Universitätsprofessor Dr. Wilhelm Wien in München zu ordentlichen Mitgliedern des Ordenskapitels ernannt. Das bayerische Gesamtministerium hat die betr. Beschlüsse des Ordenskapitels bestätigt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	11. Januar		10. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.39	168.81	168.31	168.73
Kopenhagen 100 Kr.	112.23	112.51	112.16	112.44
Italien 100 L.	18.53	18.57	18.29	18.33
London 1 Pf.	20.417	20.467	20.413	20.465
New York 1 D.	4.207	4.217	4.207	4.217
Paris 100 Fr.	16.65	16.69	16.66	16.70
Schweiz 100 Fr.	81.18	81.38	81.15	81.35
Wien 100 Schilling	59.31	59.45	59.25	59.39
Prag 100 Kr.	12.454	12.494	12.456	12.496

Reichsbankdiskontotherafegung. Die Reichsbank hat den Diskontofuß von 6 auf 5 Prozent herabgesetzt. Der Lombardzinsfuß ist unverändert geblieben.

Vom Tabakmarkt. Über die Lage auf dem süddeutschen Tabakmarkt wird über das mit dem 7. d. M. zu Ende gegangene Berichtsjahr wie folgt berichtet: Der Einkauf der 1926er Tabake ist nunmehr als beendet zu betrachten. Mit Ausnahme der Tabake im badiischen Oberland sind auch die Tabake bereits in die Vergärungslager eingeliefert. Die Ablieferung erfolgte in großen und ganzen in ziemlich trostener Beschaffenheit. Von den in den Händen befindlichen Tabaken ist bereits ein ziemlicher Teil an die Fabrikation verkauft.

Vom Hopfenmarkt. Vom süddeutschen Hopfenmarkt wird über die letzte Berichtswoge gemeldet: In Hopfen blieb der Verkehr ruhig, man zahlte für 1926er Hopfen je nach Qualität 450—650 M. pro Zentner.

Höhere Petroleumerzeugung in Amerika.

Der tägliche Durchschnitt der amerikanischen Petroleumförderung ist — nach Berichten aus San Francisco — im Jahre 1926 seit Mai ständig gestiegen. Am 29. Mai wurde er mit 2 030 980 Faß und am 11. Dezember mit 2 887 000 Faß angegeben. Die Gesamtproduktion des Jahres 1926 schätzt man auf 778 000 000 Faß, ein Mehr von 10 000 000 Faß gegen das Jahr 1925.

Für die Erhöhung der Erzeugung kam hauptsächlich das Seminoles-Gebiet in Oklahoma in Betracht, wo zwar für einige Zeit die Förderung eingeschränkt worden war, in dem jedoch diese Politik inzwischen in das Gegenteil umgeschlagen ist, denn es heißt, die Ausbeute werde in der kommenden Zeit mit Hochdruck betrieben.

Außerdem sind in Nord- und Westtexas die Betriebe in voller Tätigkeit. Wenn demgegenüber in Zukunft auch an anderen Feldern weniger ergeugt werden sollte, so ist mit einem Rückgang der amerikanischen Produktion nicht zu rechnen.

Trotzdem wird eine Preissteigerung für Rohöl nicht erwartet und der Gasolinpreis dürfte sogar anziehen. Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß trotz erhöhter Erzeugung Amerikas Vorräte an Rohöl und raffiniertem Petroleum (etwa 80 Prozent der Gesamtbevorräte) noch etwas geringer sind als im Vorjahre. Sie beliefen sich Ende Oktober auf 514 910 000 Faß gegen 545 396 000 Faß um die gleiche Zeit von 1925. Die Gasolinvorräte sind Ende September 5 534 000 Faß geringer gewesen als zu Beginn des Jahres 1926, was seit 1920 nicht mehr der Fall gewesen ist. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß Amerika 1926 zum ersten Male seit 1918 mehr Gasolin für den Inlandsverbrauch und für die Ausfuhr abgegeben hat als es während des Jahres erzeugte.

Die Gasolinproduktion hat sich in den ersten 9 Monaten von 1926 auf 218 676 000 Faß oder um 10,7 Prozent höher

als in der gleichen Zeit von 1925 gestellt. Auf den Inlandsverbrauch entfielen 189 796 000 Faß (12,9 Prozent mehr als 1925), eingeführt wurden 4 240 000 Faß (46 Prozent mehr), ausgeführt 33 664 000 Faß (46 Prozent mehr). Wäre nicht durch das Cracking-Verfahren eine höhere Ausbeute von Gasolin aus Rohöl (37,3 Prozent gegen 34,9 Prozent früher) erzielt worden, so würde eine Knappheit an Gasolin eingetreten sein.

Verschiedenes

Übertragung lebender Augen

Gar mancher unserer Kriegsblinden, denen ein Schuß, feilwärts ihren Kopf erreichend, die Augen traf und leere Höhlen zurückließ, gleich als hätte ein Arzt die Operation vollzogen, hatte keinen schmerzlichen Wunsch, als daß es der ärztlichen Kunst gegeben sei, zu ersehen, was verloren gegangen war. Es war ja seit langer Zeit bekannt, daß in vielen Fällen erkrankte Organe ersetzt werden können. Wenn der Augenschuhbediente dem Arzte sein Anliegen vorbrachte, mußte dieser traurig den Kopf schütteln. Die Übertragung von Augen erschien als eine Unmöglichkeit. Inzwischen ist die Wissenschaft ein gutes Stück weitergekommen. Der ungarische Biologe Tibator Koppanyi, Wien, führte Versuche der Übertragung lebender Augen bei Ratten durch. Die Einheilung der Augen gelang, und aus der Tatsache, daß die operierte Ratte von einem erhöhten Punkt zur Erde sprang — was die geblendete Ratte nie tut — wurde von Koppanyi als Beweis dafür angesehen, daß den übertragenen Augen auch die Sehkraft erhalten sei. Die Wissenschaft erkannte diesen Beweis ebensowenig als vollständig an, wie die Tatsache, daß niedere Wirbeltiere mit überpflanzten Augen die Farbanpassungsfähigkeit beibehalten, die blinden, derartigen Tieren verlorengelassen, und wie die Erfolge, welche Professor Gannet von der Universität Genf mit einigen, von vielen Tritonen (Salmandern) mit überpflanzten Augen gehabt zu haben glaubt. Der Dozent Dr. Gustav Guist, Wien, stellte weitere Versuche an. Diese hatten das eine bedeutende Ergebnis, daß es gelang, die Lebensfähigkeit des vom Körper getrennten gesunden Auges festzustellen. Die Retina übersteht eine 15 Minuten lange Abkühlung des Blutstromes ohne nachhaltige Schädigung, nach 30 Minuten ist sie sicher zerstört. Dies ist von besonderer Bedeutung für den Kliniker wie für jeden, bei dem eine plötzliche Erblindung eines Auges durch Abbruch der Sehnervenarterie eintritt, die ein Fremdkörper bewirken kann. Die Frage, ob das vor Ablauf einer Viertelstunde in eine fremde Augenhöhle überpflanzte gesunde Auge seine Sehfähigkeit erhalten kann, ist aber noch ungeklärt. Koppanyi setzt deshalb seine Studien mit einem neuen Versuchssubjekt, dem Affen, in Chicago fort. Alle diese Versuche verdienen mit größtem Interesse verfolgt zu werden, es wäre aber verfehlt, an sie schon jetzt besondere Hoffnung für die Heilung Erblindeter von ihrer Blindheit zu knüpfen.

Trübner-Ausstellung in Basel.

In der Basler Kunsthalle findet im Januar/Februar eine aus ganz Deutschland beschickte Gedächtnisausstellung für den badiischen Maler Wilhelm Trübner (1851—1917) statt. Sein Name ist einer der großen Namen in der deutschen Kunst des 19. Jahrhunderts. Seine Bedeutung zeigt sich schon darin, daß die Hauptwerke aus den ersten deutschen Museen von Berlin, Bremen, Dresden, Hamburg, München u. a. entliehen werden mußten. Auch Wien hat Leihgaben an die Ausstellung gespendet. In den öffentlichen Galerien tritt der Privatbesitz, so daß etwas über 100 Werke des Meisters in Basel vereinigt sein werden. Die Eröffnungsfest wird am 16. Januar stattfinden.

Der Herr Landeskommissar in Mannheim hat dem Monteur Friedrich Stief von Neulohheim, wohnhaft in Neulohheim bei Heidelberg, welcher am 14. Juli 1926 den Bäckergehilfen Karl Mauer in Heidelberg durch mutwilliges, entschlossenes Handeln vom Tode des Ertrinkens im Neckar gerettet hat, eine öffentliche Belohnung 3.564

ausgesprochen. Heidelberg, den 8. Januar 1927. Bezirksamt I.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.

Nachdem unter dem Viehbestand des Gutshofs Sinner A.-G. in Karlsruhe-Grünwinkel die Maul- und Klauenseuche festgestellt worden ist, werden hiermit folgende Anordnungen getroffen: 3.566

A. Sperrbezirk.

Der Gutshof Sinner A.-G. in Karlsruhe-Grünwinkel bildet einen Sperrbezirk im Sinne der §§ 161 bis 165 der Ausführungsvorschriften zum Reichsviehseuchengesetz mit den sich hieraus ergebenden Wirkungen.

B. Beobachtungsgebiet.

Der Bezirk Karlsruhe-Grünwinkel wird mit den sich aus §§ 166 der Ausführungsvorschriften zum Reichsviehseuchengesetz ergebenden Wirkungen als Beobachtungsgebiet bestimmt.

Karlsruhe, den 8. Januar 1927. D.-B. 5

Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Veröff. Bekanntmachungen

Ruhholzversteigerung des Bad. Forstamts Langensteinbach, Montag, den 17. Januar d. J., vorm. 9 Uhr, im Rathaus zu Langensteinbach. Aus Staatswaldstr. Mappenburg: 12 Fichten I.—V., 32 Buchen II.—IV., 156 Fichten- und Tannenstämme III.—V., 8 desgl. — Abschnitte II. u. III., 108 Fichten- u. Lärchenstämme I.—VI., 272 desgl. — Abschnitte I.—III. M., 448 Fm. Oberforstwart Schäfer in Obermühlbach zeigt das Forstamt erhältlich. 3.557

Güterrechtsregister. Offenburg. 3.558 Güterrechtsregisteramt. D.-B. 170: Eduard Dou-

pier, Kaufmann in Offenburg, und Franziska geb. Weimer. Durch Vertrag vom 7. Oktober 1926 ist Gütertrennung vereinbart.

D.-B. 192: Anton Lang, Bürogehilfe in Offenburg, und Anna Maria geb. Langeneder. Durch Vertrag vom 16. Dezember 1926 wird das Einbringen der Ehefrau zum Vorbehaltsgut erklärt.

Offenburg, 4. 1. 1927. Bad. Amtsgericht II.

Abelsheim. 3.553 Eintrag ins Güterrechtsregister Bd. I Seite 284: Josef Simaner, Versicherungsinspektor, u. dessen Ehefrau Frieda geb. Wührer in Abelsheim. Durch Ehevertrag vom 27. Dezember 1926 ist Gütertrennung vereinbart unter Ausschluß der

Verwaltung und Aufnahme des Ehegutes gemäß §§ 1426 ff. BGB. Abelsheim, 7. 1. 1927. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.



Badisches Landestheater

Mittwoch, den 12. Jan. 1926

Bollschüßle 5

Die Ratten

von Gerhart Hauptmann
In Szene gef. v. Ulrich v. d. Trenck
Haffnerreiter
Seine Frau
Frauenbesorger
Walburga
Moß
Pastor Spitta
Höcker
Erich Spitta
Leigeb
Clement
Priller
Jettel
Bodg
Käferlein
Doktor Regel
John
Frau John
Emanrich
Wesche
Pauline
Brand
Frau Knobbe
Albrecht
Selma
Genter
Nabemacher
Quaquaro
Schneider
Frau Kiebacke
Rudel
Schulmann
Gemmede
Anfang 71.
Ende 10 1/2

I. Sperrfrist 5.—Ml.
Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben

Do. 13. Jan. Dover—Calais
Fr. 14. Jan. Puppensee—Klein Zdas Blumen

Do. 13. Jan. Dover—Calais
Fr. 14. Jan. Puppensee—Klein Zdas Blumen

Do. 13. Jan. Dover—Calais
Fr. 14. Jan. Puppensee—Klein Zdas Blumen

Do. 13. Jan. Dover—Calais
Fr. 14. Jan. Puppensee—Klein Zdas Blumen

Do. 13. Jan. Dover—Calais
Fr. 14. Jan. Puppensee—Klein Zdas Blumen

Do. 13. Jan. Dover—Calais
Fr. 14. Jan. Puppensee—Klein Zdas Blumen

Do. 13. Jan. Dover—Calais
Fr. 14. Jan. Puppensee—Klein Zdas Blumen

Do. 13. Jan. Dover—Calais
Fr. 14. Jan. Puppensee—Klein Zdas Blumen

Do. 13. Jan. Dover—Calais
Fr. 14. Jan. Puppensee—Klein Zdas Blumen

COLOSSEUM

Tägl. abends 8 Uhr, Sonntags 4 u. 8 Uhr
Die große Revue
Das Champagnergirl
mit den reizenden Liliputanern 51

Bad. Kunstverein Bad. Kunstgewerbeverein
E. V. E. V.

Am Freitag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, wird im kleinen Saal des Konzerthauses Herr Dr. Graf K. von Baudissin aus Stuttgart über das Thema:

„CARSTENS und die deutsche Renaissance“
sprechen. Der Vortrag ist von Lichtbildern begleitet. 77

Unsere Mitglieder, die hiermit zu zahlreichem Besuche eingeladen werden, haben gegen Vorzeigen ihrer Mitgliedskarte für 1927 freien Eintritt.
Die Vorstände beider Vereine.

Zu baldigem Eintritt gesucht ein **Bermessungs-Ingenieur**

mit abgeschlossener Hochschulbildung und Staatsprüfung (Bad. Geometer). 3.563 Die Beschäftigung im Angestelltenverhältnis (Privatdienstvertrag) ist auf die Dauer eines Jahres in Aussicht genommen.

Bewerbungen unter Anschluß eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes, beglaubigter Zeugnisabschriften, mit Angabe der bisherigen Berufstätigkeit, des Gehaltsanspruchs und des frühestens Dienstantritts sind bis zum 25. Januar erbeten.
Liefbauamt Mannheim — Abteilung Vermessung.

Zum 1. April d. J. ist in Heidelberg die Anstellung einer weiteren

Schulschwester

in Aussicht genommen. Bedingung entsprechende Vorbildung und praktische Erfahrung. Befreiung der Stenographie und Schreibmaschine erwünscht. Die Anstellung erfolgt zunächst auf Privatdienstvertrag mit einjähriger Probezeit. Befreiung nach Gruppe VI. Meldungen bis zum 1. Februar 1927 an die Stadt. Schulartzentrale Heidelberg. 3.567

Nehmt Musikunterricht

bei der Musiklehrerschaft des Deutschen Musikerverbandes
Lehreradressen erhältlich in den Musikalienhandlungen 68

Bekanntmachung.

In der Kreisverwaltung des Kreises Karlsruhe vom 8. Januar 1927 wurden gewählt:

Als Kreisvorsitzender: Oberlandesgerichtsrat Karl Stritt, Karlsruhe, als Stellvertreter: Bürgermeister Jean Alterm, Durlach.

Als Mitglieder des Kreisrates:

1. Dr. Dietrich Heinrich, Professor, Karlsruhe,
2. Schüßelin Friedrich, Redakteur, Forzheim,
3. Trinks Oskar, Parteisekretär, Karlsruhe,
4. Dr. Meister Carl, Oberbürgermeister, Bruchsal,
5. Stadelbacher Franz Haber, Finanzoberinspektor, Karlsruhe,
6. Anderer August, Landwirt und Gemeinderat, Ebenrot,
7. Brauer Alexander, Oberlandesgerichtsrat, Karlsruhe,
8. Schmidt Otto, Rechtsanwalt, Bretten,
9. Schweigert Otto, Fabrikant, Forzheim.

Die Wahlsachen liegen in der Zeit vom 14. bis 20. Januar 1927 im Büro der Kreisverwaltung, Karlsruhe, Karlstraße Nr. 16, während der Dienststunden zur Einsichtnahme auf. Innerhalb dieser Frist kann die Wahl von jedem Wahlberechtigten schriftlich oder mündlich, möglichst mit Bezeichnung der Beweismittel angefochten werden. 3.565

Karlsruhe, den 10. Januar 1927.

Der Kreisvorsitzende:

Stritt.

Polizeiwachmeister-(Vorgesetzten)Stelle

infolge des Ablebens des bisherigen Inhabers neu zu besetzen. 3.575

Bewerber muß die staatliche Polizeischule mit Erfolg besucht oder mindestens 5 Jahre in der staatlichen Ordnungspolizei oder bei der Gendarmerie zurückgelegt haben. Befreiung nach Gruppe VI. Bewerbungen mit Lebenslauf und wenn möglich Zeugnissen wollen bis 1. Februar 1927 eingereicht werden. Persönliche Vorstellung nur auf Anforderung.

Bretten, den 8. Januar 1927.

Der Bürgermeister.

Drud. G. Braun, Karlsruhe